

Mein Name ist Werner Mesnaric, ich spreche hier im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft, Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Gruppe Erlangen.

Heute ist Anti-Kriegstag. Warum? Heute vor 80 Jahren hat Nazi-Deutschland Polen überfallen und damit die Katastrophe des 2. Weltkriegs ausgelöst.

Deshalb rufen wir heute:

NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!

FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG!

Wir haben allen Grund, uns daran zu erinnern, wohin blindwütiger Nationalismus und Militarismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit führen kann.

Demokratie, Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit!

Diese Werte müssen wir entschlossen verteidigen.

Wir wissen aber auch: Unser Kampf gegen Faschismus, gegen nationalistische Kriegstreiberei und Wettrüsten ist längst nicht vorbei.

Im Gegenteil: Heute ist unser aller Einsatz für eine starke Friedensbewegung immer wieder neu gefordert.

Die aktuelle Weltlage ist geprägt durch Unsicherheit und Instabilität. Wir beobachten, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift, und werden mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert.

Während alle Atommächte ihre Nuklearwaffen modernisieren, kündigt Trump zwei wichtige Abkommen - das Atomabkommen mit dem Iran UND das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland.

Unsere Bundesregierung trägt die Verantwortung, sich diesem Irrsinn entgegenzustemmen. Und unsere Regierung muss endlich auch den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben.

Welche Ausmaße das neue Wettrüsten erreicht hat, sehen wir an den Militärausgaben.

Heute liegen die Militärausgaben auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 1988, dem Ende des Kalten Krieges. Weltweit werden mehr als 1,6 Billionen Euro für Rüstung ausgegeben. Das ist Irrsinn. 75 Prozent davon entfallen auf nur zehn Länder, Deutschland liegt dabei auf Platz 8. Seit dem Jahr 2015 ist der deutsche Militärhaushalt von 33 Mrd. auf dieses Jahr 43 Mrd. € gestiegen. Das ist eine Steigerung um ungefähr ein Drittel.

Wenn Deutschland, wie von der Nato beschlossen, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anhebt, werden die Militärausgaben nochmals verdoppelt auf 85

Mrd. € und Deutschland ist auf Platz drei oder vier. Das geht nicht! Dann würde Deutschland alleine, ohne seine Nato Partner, mehr Geld für das Militär ausgeben als Russland.

Das ist nicht das Europa, das wir wollen. Denn dieses Geld fehlt dem Klimaschutz, den Sozialleistungen, der Entwicklungszusammenarbeit oder der Bildung, alles Bereiche, die mehr zum Frieden beitragen als der Overkill in den Waffenarsenalen.

Wir wollen, ja wir müssen den Unsinn stoppen. Wir wollen kein waffenstarreres Europa. Wir sagen: Stoppt die Militarisierung der Politik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, statt das Wettrüsten anzuheizen, diese Mittel für unsere Gesellschaft zu investieren - in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven.

Soziale Gerechtigkeit und eine sichere Zukunftsperspektive für uns alle, das ist zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparolen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten.

Die wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten löst bei vielen Menschen das Gefühl aus, dass unsere Welt völlig aus den Fugen geraten ist. Eine Welt, in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden. Ein Teil dieses Flüchtlingsstroms gelangt ja auch zu uns. Diese tiefe Verunsicherung nutzen die Rechtspopulisten, Autokraten und autoritären Regime und schüren damit neue Feindbilder. All diese Probleme lassen sich nicht mit mehr Waffen lösen, sondern nur mit weniger Waffen.

Wir alle gemeinsam müssen sagen „Abrüsten statt Aufrüsten“. Unterschreiben Sie diesen Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Den haben inzwischen mehr als 150.000 Menschen unterzeichnet. Er wird unterstützt von Gewerkschaften, Umweltverbänden, kirchlichen Kreisen, Friedensinitiativen und – organisationen, Kulturschaffenden und kritischen Wissenschaftlern. Kommen Sie und unterschreiben auch Sie hier unseren den Aufruf! Wir freuen uns auch über jede Unterstützung bei unseren anderen Aktionen.
Vielen Dank